

SPD

# Sozialdemokratische Historiker kritisieren Russland-Politik der SPD

Eine Gruppe von Historikern um Heinrich August Winkler rechnet in einem Brief mit der SPD ab. Deren Argumente seien "erratisch und nicht selten faktisch falsch".

Aktualisiert am 27. März 2024, 19:57 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, dar



**562** 



Olaf Scholz (SPD) bei einer Medienkonferenz zum Abschluss eines EU-Gipfels © Omar Havana/AP/dpa

In einem Brief haben Historiker aus den Reihen der SPD

[https://www.zeit.de/thema/spd] die Positionierung der Partei zum russischen Angriffskrieg in der <u>Ukraine</u> [https://www.zeit.de/thema/krieg-in-ukraine] kritisiert. Der renommierte Geschichtswissenschaftler <u>Heinrich August Winkler</u> [https://www.zeit.de/thema/heinrich-august-winkler] und weitere Wissenschaftler sähen diese mit wachsender Sorge, zitieren mehrere Medien aus dem Schreiben. Äußerungen von Bundeskanzler <u>Olaf Scholz</u> [https://www.zeit.de/thema/olaf-scholz] und der Parteispitze ließen eine "nötige Klarheit und unzweideutige Solidarität vermissen". Sie würden in der Öffentlichkeit zu Recht kritisiert, weil Argumente und Begründungen "immer wieder willkürlich, erratisch und nicht selten faktisch falsch" seien.

Dabei wird auch die Abstimmung mit den Verbündeten kritisiert. Diese sei "unzureichend", schreiben die Wissenschaftler mit Blick auf Diskussionen zwischen Deutschland und <u>Frankreich</u> [https://www.zeit.de/thema/frankreich].

## **SPD**

#### SPD zum Ukraine-Krieg

## Ein kurzer Ausflug in die Zeitenwende

[https://www.zeit.de/2024/13/spd-ukraine-krieg-rolf-muetzenich-olaf-scholz]

#### Weimarer Dreieck

## Einig, immerhin für einen Nachmittag

[https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-03/weimarer-dreieck-olaf-scholz-emmanuel-macron-donald-tusk-ukraine]

#### Bundestag

### Ein Taurus-Basta des Kanzlers? Nicht mit dieser Koalition

[https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-03/taurus-lieferungen-bundestag-olaf-scholz]

Scholz hatte einen französischen Vorschlag, Bodentruppen in der Ukraine einzusetzen, zurückgewiesen. Uneinigkeit würde <u>Russlands</u>
[https://www.zeit.de/thema/russland] Präsident Wladimir Putin "nur als Ermunterung verstehen", heißt es in dem Brief. "Wenn Kanzler und Parteispitze rote Linien nicht etwa für <u>Russland</u> [https://www.zeit.de/thema/russland], sondern ausschließlich für die deutsche Politik ziehen, schwächen sie die deutsche Sicherheitspolitik und spielen Russland in die Hände."

Der russische Präsident würde ohnehin nur zu Verhandlungen bereit sein, "wenn ihm unzweideutig vermittelt wird, dass der Westen seine erheblich größeren Ressourcen so lange wie nötig einsetzen wird, um eine Niederlage der Ukraine zu verhindern", wird aus dem Schreiben zitiert.

## Kritik auch an Aussage von Mützenich

Besonders fatal sei der Vorschlag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich im Bundestag gewesen, der von einem "Einfrieren" des Krieges [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-03/ukraine-krieg-einfrierenrolf-muetzenich] sprach. Dies würde "faktisch eine Beendigung zugunsten des Angreifers bedeuten". Die Partei habe zudem einen kurzsichtigen Friedensbegriff, "der sowohl die Erfahrungen mit den Minsker Verträgen als auch das Geschehen in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine [https://www.zeit.de/thema/krieg-in-ukraine] und nicht zuletzt die Drohungen Russlands, weitere europäische Länder anzugreifen, ignoriert".

Kritisiert wurde auch, dass es keine ehrliche Aufarbeitung der Russland-Politik der vergangenen Jahrzehnte gegeben habe. Außerdem höre die Partei den Wissenschaftlern zufolge nicht auf den Rat von Osteuropa-, Völkerrechts- und Militärexperten. "Der Bundeskanzler und viele SPD-Spitzenpolitiker ignorieren diese wertvollen Wissensressourcen, anstatt diese für ihre Entscheidungsfindung zu nutzen."

Heinrich August Winkler [https://www.zeit.de/thema/heinrich-august-winkler] zählt zu den wichtigsten Historikern der Gegenwart. Zu den Unterzeichnern zählen unter anderem Jan Claas Behrends, Gabriele Lingelbach, Martina Winkler und Dirk Schumann. In dem Schreiben appellieren sie demnach an den Parteivorstand, "die notwendige Positionserklärung vorzunehmen".